



Hatte nach eigenem Bekunden keinen Anlass, an den Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes zu zweifeln: die Kanzlerin vor dem Ausschuss

© picture-alliance/Kay Nietfeld/dpa

Fußfesseln nach der Haft

RECHT Für terroristische Straftäter soll die elektronische Fußfessel nach der Haft vermehrt zum Einsatz kommen. Dies sieht ein Gesetzentwurf von Union und SPD (18/11162) vor, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beriet (siehe auch Seite sechs). Bisher kommt die „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ nur bei Personen infrage, die wegen terroristischer Straftaten inhaftiert waren und weiterhin als gefährlich eingestuft werden. Künftig soll dies auch nach Verbüßung einer Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Terrorismusfinanzierung, der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung sowie des Werbens um Mitglieder oder Unterstützer einer in- oder ausländischen terroristischen Vereinigung möglich sein. Die Fußfessel soll zudem schon nach zweijähriger Haftstrafe angeordnet werden können statt wie bisher nach dreijähriger. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte, Terroristen seien sehr mobil. Mit Hilfe der Fußfessel ließen sich ihre „Netzwerke zerschneiden“. Dagegen sprach Ulla Jelpke (Linke) von „Symbolpolitik“. Die Vorschläge versprechen keine Wirkung und seien zudem unverhältnismäßig. Hans-Christian Ströbele (Grüne) argumentierte, im Fall des Berlin-Attentäters Anis Amri wäre die geplante Regelung gar nicht anwendbar gewesen, da er nicht verurteilt war. Auch hätte ihn eine elektronische Fußfessel nicht an der Tat hindern können. Patrick Sensburg (CDU) regte an, die Regelung auf verurteilte Rechts- und Linksterroristen zu erweitern. **Peter Stützle** ||

Als Staatsfrau unbeirrt

NSA-AFFÄRE Bundeskanzlerin Merkel sagt als Zeugin im Untersuchungsausschuss aus

Eine schwarze Ledermappe mit goldgeprägtem Bundesadler hatte die Zeugin mitgebracht, darin ihre Geschichte. Daten, Dokumente, Zitate, eine halbe Stunde lang referierte sie, nachdem das Geklack der Fotoapparate verstummt war und der Pulk von Kameraleuten den Sitzungssaal geräumt hatte, wie im Sommer und Herbst 2013 die Snowden-Affäre aus Sicht der Kanzlerin, ihrer eigenen also, verlaufen war. Auf der Tribüne des Europa-Saales im Paul-Löbe-Haus waren derweil sämtliche Plätze mit Zuhörern besetzt. Dem 1. Untersuchungsausschuss (NSA) beschiede der Auftritt am vergangenen Donnerstag in der 131., der allerletzten öffentlichen Sitzung, ein Erlebnis, das er in den fast drei Jahren zuvor die meiste Zeit hatte entbehren müssen, das Licht der Öffentlichkeit. Geschiebe und Beugung vor den Türen. Gezeter eines Herandrängenden, dem wegen drohender Überfüllung zunächst der Zutritt verwehrt zu bleiben schien. Der Wald von Kamerastativen und bereitstehenden Mikrofonen draußen vor dem Saal. Immerhin eine Überraschung, eine

einzig, durften die massenhaft erschienenen Medienmenschen notieren, als auf die rituelle Eingangsfrage des Vorsitzenden nach Name und Adresse hin die Zeugin sich vorstellte – als „Angela Dorothea Kasner“, mit ihrem Mädchennamen also. Ihr Regierungssprecher Steffen Seibert hatte vor demselben Gremium, wenn auch bei entschieden geringerer Publikumsandrang, zu Beginn der Woche den Tenor vorgegeben, indem er die Snowden-Affäre, die Enthüllung massenhafter Bespitzelung durch die amerikanische National Security Agency (NSA), als Erfahrung einer Vertrauenskrise beschrieben hatte. Im Verhältnis zum Bündnispartner USA, aber auch zu den Bürgern in Deutschland, die sich zu Recht gefragt hätten, ob hierzulande noch deutsche Gesetze zu beachten seien, und wie gegebenenfalls mit ihren eigenen Daten umzugehen werde. Den Faden dieser Erzählung spann die Zeugin Kasner am Donnerstag weiter: „Dass das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin plötzlich im Mittelpunkt der Debatte stand, war für mich persönlich nicht die zentrale Frage.“ Sie war ja, wie sie am 17. Oktober 2013 – so präzise hatte sie

sich vorbereitet – vom Regierungssprecher erfahren, womöglich selber Bespitzelungsopfer gewesen. Dass sich damit die „öffentliche Aufmerksamkeit“ auf ihr Handy richtete, war ihr aber, wie sie zu verstehen gab, eher unangenehm. Habe es doch vom eigentlich Wichtigen abgelenkt: „Für mich standen die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt.“ **Sicherheit und Freiheit** Die Staatsfrau, die sich in der Krise vom Klein-Klein nicht beirren ließ, das große Ganze stets im Blick behielt, das war das Bild ihrer selbst, das die Zeugin dem Ausschuss präsentierte. Sie habe durch die Enthüllungen Edward Snowdens eine Grundsatzfrage berührt gesehen, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit; „Freiheit und Sicherheit stehen seit jeher in einem Spannungsverhältnis. Es muss durch Recht und Gesetz in der Balance gehalten werden.“ Sie habe dieses Thema wenige Tage nach Beginn der Affäre mit dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama bei dessen Besuch in Berlin am 19. Juni 2013 auch persönlich erörtert. Und darauf hingewiesen, dass geheimdienstliche Tätigkeit zur Gefahrenabwehr unverzichtbar, jedoch auch das Gebot der „Verhältnismäßigkeit immer wichtig“ sei. Der Staat habe gleichermaßen die Sicherheit wie die Privatsphäre der Bürger zu schützen. Sie sei, gab die Zeugin zu verstehen, ihrer „hohen gesamtgesellschaft-

lichen Verantwortung“ jederzeit gerecht geworden: „Ich habe vom ersten Tag an nicht geschwiegen, sondern ich habe sehr klare politische Vorgaben gemacht.“ Diese freilich – Merks Satz „Auspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ ist mittlerweile ein geflügeltes Wort – sind in sozialdemokratischen und Oppositionskreisen des Ausschusses reichlich belästert worden. Seit im Oktober 2015 feststand, dass nicht nur die NSA, sondern auch der BND in beachtlichem Umfang Freunde und Verbündete bespitzelt hatte. Wie

konnte sich angesichts dessen die Kanzlerin nur so weit aus dem Fenster lehnen? Hatten ihre sachverständigen Untergebenen in der Abteilung 6 des Amtes sie nicht „ins offene Messer laufen lassen“? Es war der Grüne Konstantin von Notz, der die Zeugin damit konfrontierte: „Irgendwie fühlte sich das gut an“, meinte er, aus dem Mund der Kanzlerin diesen Satz zu hören und sicher zu sein, dass „wir moralisch auf der richtigen Seite“ stünden. „Ja, das habe ich auch gedacht“, gab die Zeugin zurück. Sie habe „keinen Anlass“ gesehen, zu vermuten, „dass der Satz bei uns seitens des BND nicht eingehalten wurde“. Darauf sei es aber auch gar nicht angekommen: „Ich habe eine Überzeugung zum Ausdruck gebracht. Sie bedurfte keiner weiteren Verifikation.“ Im übrigen: „Alles, was wir bisher getan haben, verhilft dieser Überzeugung mehr zum Durchbruch“, sagte Merkel. Dass sie über Einzelheiten nicht im Bilde war, von NSA-Selektoren erst im März 2015, von politisch heiklen BND-Suchmerkmalen ein halbes Jahr später erfuhr, mochte die Zeugin ausdrücklich nicht als Versäumnis bewerten: „Ich fühle mich ausreichend informiert.“ Dass sie ihren Mitarbeitern vertraue, betonte sie mehrfach. Und auch, dass sie es nicht für hilfreich hält, in die Vergangenheit zu schauen: „Ich bin hoffnungsvoll, dass sich in Zukunft solche Dinge nicht wiederholen werden.“ **Winfried Dolderer** ||

„Ich habe von Anfang an sehr klare politische Vorgaben gemacht.“
Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

STICHWORT

NSA-Untersuchungsausschuss

- > Ausschuss** Der Bundestag hat den Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre am 20. März 2014 eingesetzt. Das Gremium soll auch Aspekte der strategischen Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) klären.
- > Zeugen** Der Ausschuss hat bislang 131 Sitzungen absolviert und dabei insgesamt 91 Zeugen vernommen.
- > Bericht** Ein Abschlussbericht des Ausschusses wird bis spätestens Mitte Juni erwartet.

Den Tanker auf Kurs bringen

NSU Verfassungsschutz-Präsident Maaßen zieht im Untersuchungsausschuss eine Bilanz der bisherigen Reformen

Er wolle „das große Schiff Verfassungsschutz“ wieder auf Kurs bringen, hatte Hans-Georg Maaßen bei seinem Amtsantritt als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im August 2012 verkündet. Am vergangenen Donnerstag saß Maaßen nun als Zeuge im 3. Untersuchungsausschuss des Bundestages (NSU II) und sollte bilanzieren, ob der Kurswechsel mittlerweile gelungen sei. „Wie das bei großen Schiffen der Fall ist“, erklärte Maaßen, „kann man den Kurs nicht von jetzt auf gleich ändern, weil dann die Ladung über Bord geht.“ Grundsätzlich aber sieht er seine Behörde nach den zahlreichen Skandalen im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur rechten Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) auf einem guten Weg. Anlass für die Reformbemühungen im BfV waren insbesondere die Enthüllungen um vernichtete V-Mann-Akten, die Maaßen als „historische Zäsur“ bezeichnete. Kurz nachdem der NSU im November 2011 enttarnt worden war, wurden im BfV die Akten von mehreren V-Leuten geschreddert, die im Rahmen der sogenannten „Operation Rennsteig“ zwischen 1996 und 2003 in Thüringen angeworben worden waren – in dem Bundesland also, aus dem die mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Böhn-

hard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe stammen. Wurden die Akten also vernichtet, weil sie womöglich Informationen enthielten, die zu einer früheren Ergreifung der Terrorgruppe hätten führen können? Dies bleibt eine der zentralen Fragen im NSU-II-Ausschuss. Die Hintergründe der Schredderaktion konnte auch Maaßen nicht erhehlen. Er war damals noch im Bundesinnenministerium tätig. Auf die Frage, wie viele der damals geschredderten Akten rekonstruiert werden konnten, wusste er allerdings konkrete Zahlen zu nennen. Bei der Mehrzahl der Akten seien einhundert Prozent der sogenannten Deckblattmeldungen wiederhergestellt worden. Im Fall des V-Manns Tarif, der eine der zentralen Figuren im NSU-Komplex ist und dessen Akte womöglich von besonderer Bedeutung sein könnte, hätten 93 Prozent der Deckblattmeldungen und 76 Prozent der gesamten Akte rekonstruiert werden können. Der V-Mann Tarif war einige Stunden vor Maaßen in nicht-öffentlicher Sitzung vom Ausschuss befragt worden.

Wie Tarif dort bestätigt haben soll, will er 1998, kurz nach dem Untertanen des NSU-Trios, von dem mutmaßlichen NSU-Unterstützer André Kapke angerufen und gefragt worden sein, ob er ein Versteck für die drei Flüchtigen beschaffen könne. Tarif behauptet zudem, das BfV über die Anfrage informiert zu haben, was das Amt wiederum bestreitet. Somit steht nun Aussage gegen Aussage. Obfrau Petra Pau (Die Linke) wies darauf hin: Ausgerechnet die Teile der Tarif-Akte, die den Sachverhalt womöglich aufklären könnten, würden noch immer fehlen. Im relevanten Zeitraum zwischen Januar 1998 und September 1999 klappt laut Pau eine Lücke in Tarifs Deckblattmeldungen. Maaßen wiederum betonte, er habe einige der damals mit dem Fall befassten Mitarbeiter persönlich gesprochen und sei daraufhin zum Schluss gekommen, dass an Tarifs Vorhalten nichts dran sei. **Betriebsblindheit verhindern** Neben der Umsetzung der Verfassungsschutzreform, die der Bundestag im Juli 2015 verabschie-

det hat, nannte Maaßen noch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die unter seiner Führung in Angriff genommen worden sind. Um künftig Betriebsblindheit zu verhindern, wie sie der Untersuchungsausschuss in Bezug auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex immer wieder festgestellt hat, sprach sich Maaßen für eine stärkere personelle Rotation in den Verfassungsschutzbehörden aus. Bisher sei es üblich gewesen, dass ein Mitarbeiter, wenn er in seiner „Lieblingsposition“ angekommen sei, auch dort bleibe. Um so entstandene, festgefahrene Sichtweisen wieder aufzubrechen, würden nun vermehrt Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Expertisen eingestellt. Das Aus- und Fortbildungswesen an der Akademie für Verfassungsschutz (AVF) sei bereits gründlich erneuert worden. Die Reformbemühungen seien zugleich nicht abgeschlossen, sondern eine Daueraufgabe, mahnte Maaßen an. **Florian Zimmer-Amrhein** ||

„Die Reformbemühungen bleiben eine Daueraufgabe.“
Hans-Georg Maaßen, BfV-Präsident

Islamisten im Grünen-Visier

INNERES Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dringt auf eine „bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus“. Dies geht aus einem Antrag der Fraktion (18/10477) hervor, den der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwies. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept für die Entwicklung einer solchen Strategie zu erarbeiten. Zu den Eckpunkten soll dabei die Einrichtung eines Präventionszentrums gehören, zu dessen Aufgaben neben der Erarbeitung der Strategie auch ihre Evaluation und nachfolgende Fortentwicklung zählen soll. Die Strategie entwickeln sollen laut Antrag zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure „auf gleicher Augenhöhe“. Ferner sollen unter anderem Bund und Länder die muslimischen Verbände und Moscheegemeinden „gegebenfalls dabei unterstützen, zu evaluieren, ob sie wirklich in der Lage sind, Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen beziehungsweise ob sie allein imstande sind, adäquate und nachhaltige Gegenstrategien zu entwickeln“. Auch sollten Bund und Länder helfen, die Voraussetzungen zu schaffen für die Einführung eines bedarfsgerechten Angebots für einen bekennnisorientierten islamischen Religionsunterricht, der den Schülern die Reflexion des eigenen religiösen Selbst- und Weltverständnisses ermöglicht. Ebenso sollten Bund und Länder bei der Schaffung der Voraussetzungen für den Aufbau einer kompetenten muslimischen Gefängnisessorge helfen sowie für die Unterstützung von „Initiativen in Richtung einer demokratischen muslimischen Jugendarbeit“. **sto** ||

Anzeige

Europa verstehen
Reflexionen gegen die Krise der Union
Von Dr. Thomas Jansen
2016, 201 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-3658-4
eISBN 978-3-8452-7946-6
(Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Bd. 27)
nomos-shop.de/28633

Die Versuchung ist stark, in der Krise Europas jede Schwierigkeit als Zeichen dafür zu nehmen, dass das ganze Unternehmen zum Scheitern verurteilt ist. Das Unternehmen der Einigung Europas, das in der Krise auch von der Virulenz und dem Ungestüm nationalistischer, fremdenfeindlicher und nostalgischer Bewegungen infrage gestellt wird, verdient es, verteidigt zu werden. Es hat die Vernunft und die Zukunft auf seiner Seite. Gegen die Krise wird ein besseres Verständnis der Union in ihren ethischen, historischen, politischen, partizipativen und zivilisatorischen Dimensionen in Stellung gebracht. In ihrer Wirklichkeit jenseits der Krise erweist sich die Union als ein mit großem Potenzial ausgestattetes Gemeinwesen im Werden, dessen Geburtsfehler in einem anhaltenden Prozess korrigiert werden können.

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-eLibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper